

Die AfD, die ArbeiterInnenklasse und die Linke – kein Problem?

Der Aufstieg der Partei Alternative für Deutschland (AfD) bedeutet eine schwere Erschütterung des deutschen Parteiensystems, wenn nicht der deutschen Gesellschaft. Die Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung nach der jüngsten Bundestagswahl verweisen auf die Vertiefung der Widersprüche innerhalb des Machtblocks. Obwohl wir es in Deutschland gegenwärtig nicht mit einer akuten ökonomischen Krise zu tun haben, zeichnet sich eine politische und ideologische Krise ab. Diese lässt auch die Linke nicht unberührt. Die Auseinandersetzungen betreffen nicht nur die Partei DIE LINKE, sondern die gesellschaftliche Linke im weiteren Sinne. In der Partei DIE LINKE ist ein Richtungsstreit entbrannt, dem die Frage zugrunde liegt, mit welcher Strategie sie auf die Herausforderung durch die AfD reagieren soll, auf welche WählerInnengruppen die Partei sich ausrichten soll bzw. wie sie ein heterogenes WählerInnenpotenzial mit divergierenden Interessen und Einstellungen gewinnen und integrieren kann. Der Streit konzentriert sich derzeit auf die Migrations- und Flüchtlingspolitik. Er wird überlagert von einem Streit um die Europapolitik, der sich an den Erfahrungen von Syriza entzündet hat und die Frage betrifft, wie ein Bruch mit dem Neoliberalismus in den Staaten der Europäischen Union (EU) herbeigeführt werden kann. Diese Auseinandersetzung hängt auch indirekt mit dem Aufstieg der AfD zusammen, die ja maßgeblich von neoliberal-konservativen KritikerInnen der Euro-„Rettungspolitik“ der Bundesregierung gegründet wurde. Auch in der Redaktion und dem Beirat der PROKLA haben die Interpretation der Wahlergebnisse der AfD und die daraus zu ziehenden Konsequenzen zu einer Kontroverse geführt.

Die neue Rechte wurde in der linken Diskussion, etwa in der Debatte um einen „dritten Pol“, häufig als eine dem Neoliberalismus und dem Machtblock der herrschenden Klasse entgegengesetzte Kraft präsentiert (vgl. Strohschneider 2016; Candeias 2016). Ein Teil der PROKLA-Redaktion hatte in dem Beitrag „Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand“ (PROKLA 185) demgegenüber den Aufstieg der Rechten mit einer Spaltung innerhalb des Machtblocks in Deutschland in Verbindung gebracht. Erinnern wir uns: Der Gründung der AfD vorangegangen waren Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Wirt-

schaftsverbänden sowie innerhalb von CDU/CSU und FDP um die richtige Krisenpolitik, um die Stabilisierung der Europäischen Währungsunion und die „Rettungskredite“ an die „Krisenländer“ in der EU. Dabei hatte z.B. der Verband „Die Familienunternehmer“, der personell eng mit neoliberalen Thinktanks wie der Ludwig-Erhard-Stiftung oder der Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft verbunden ist, regierungskritische Positionen vertreten hatte, wie sie später von der AfD artikuliert wurden (vgl. Heine/Sablowski 2013). Der Redaktionsbeitrag hatte darauf verwiesen, dass sich einzelne Fraktionen der kapitalistischen Machtblöcke in verschiedenen Ländern „mit autoritär-populistischen Strategien auch auf Teile der ArbeiterInnenklasse stützen“ können (PROKLA-Redaktion 2016: 527).

Stephan Lessenich (2017) missfällt in seinem Kommentar zu dem Redaktionsbeitrag offenbar gerade diese Kennzeichnung der AfD als alternatives Herrschaftsprojekt, bei der nach seiner Lesart „alle ‘Rechtsentwicklung’ [...] demnach nicht vom Volke, sondern von den Herrschenden und deren Staat“ ausgeht (ebd.: 112). Er bemängelt, der Aufstieg der Rechten werde „einseitig im Lager der herrschenden Klassen verortet“ (ebd.). Lessenich unterstellt den AutorInnen, sie würden dualistisch „Zuschreibungen von Macht und Ohnmacht, Aktivität und Passivität, von Henne und Ei, Treibenden und Getriebenen, Tätern und Opfern – und damit letztlich auch von Gut und Böse“ vornehmen (ebd.). Würde man die „Motivstrukturen der Beherrschten in den Blick“ nehmen, dann würde man darauf kommen, „dass national-autoritäres Denken und protektionistisch-exkludierendes Handeln den von einer marxistischen Linken gerne aus der analytisch-politischen Schusslinie genommenen Subalternen so äußerlich gar nicht sind“ (ebd.: 113). Wie sieht nun Lessenichs Analyse der Motivstrukturen der Beherrschten aus? Er beantwortet die Frage nach den Motivstrukturen mit einer rhetorischen Frage:

„Was, wenn der Wohlstandschauvinismus der kleinste gemeinsame – Klassen übergreifende – Nenner der spätkapitalistischen Wachstumsstagnationsgesellschaften wäre? Was, wenn in den Zentren des globalen Kapitalismus alle im selben Wohlstandssicherungsboot säßen – auch wenn die einen nur rudern und die anderen kommandieren (und Dritte kommentieren)? Sicher, die Bessergestellten haben die symbolische Macht, ihr die Ressourcen des Globus wie auch des Proletariats im globalen Süden überausbeutendes Dasein mit den Insignien des ethischen Konsums und der ökologischen Distinktion würdig ummanteln zu können. Während die Schlechtergestellten im Angesicht, der drohenden Wachstumswende und der ‘Anspruchshaltung’ der wahren Globalisierungsverlierer dieser Erde dem weniger ansehnlichen Notwendigkeitsgeschmack der nationalen Schließung und des rassifizierenden Protests folgen“ (ebd.: 114).

Von der „Überentwicklung“ der deutschen, „global herrschenden Gesellschaft“ würden „eben auch die Subalternen hierzulande – bei aller Subalternität und allem Neoliberalismus – nach wie vor so unermesslich profitieren“ (ebd.: 115).

Es ist verdienstvoll, dass Lessenich, der bis dahin vor allem zur Entwicklung des Wohlfahrtsstaats geforscht hat, 2016 in seinem Buch *Die Externalisierungsgesellschaft* das Verhältnis zwischen den kapitalistischen Zentren und der Peripherie wieder zum Gegenstand gemacht hat. Allerdings zahlt er einen zu hohen Preis, wenn die Thematisierung der „weltgesellschaftlichen Klassenverhältnisse“ (ebd.: 114) bei ihm nun dazu führt, dass er das Verhältnis von Globalem Norden und Globalem Süden gleichsam zum neuen Hauptwiderspruch macht und dabei von den Klassenverhältnissen in Deutschland abstrahiert. Zwar sieht er auch hierzulande soziale Ungleichheiten als gegeben an, aber angesichts ihrer Überlagerung durch globale Ungleichheiten werden sie in seinen Augen letztlich für eine linke Politik unbedeutend. Auf nichts anderes laufen seine jüngsten Äußerungen hinaus (vgl. dazu kritisch Thien 2018).

Kürzlich hat Lessenich seine Sicht des Aufstiegs der AfD modifiziert. Im Feuilleton der *Süddeutschen Zeitung* (3.1.2018) veröffentlichte er einen Artikel „wider die Mär, im Wahlerfolg der Rechtsnationalisten verberge sich ein Aufbegehren der Unterschichten“. Dahinter stehe vielmehr ein „Klassenkampf der Mitte“, es seien „die Aufsteiger der vergangenen Jahrzehnte, die um ihre Privilegien fürchten“. Während vor allem „von linker Seite“ versucht werde, „den Siegeszug der AfD mit den Sorgen und Nöten unterprivilegierter Sozialmilieus in Verbindung zu bringen“, würden „zahlreiche wahlsoziologische Analysen“ – von denen Lessenich allerdings keine benennt – belegen, „dass die Rechtsnationalen bei praktisch allen gesellschaftlichen Gruppen punkten konnten und ihre Kernwählerschaft unter Selbständigen und in Mittelschichtmilieus haben“ (Lessenich 2018). Wen Lessenich zur „Mitte“ zählt, bleibt unklar. Der Text zeichnet sich insgesamt durch eine bemerkenswerte begriffliche Unklarheit aus. So spricht er – immer in Bezug auf dieselben Subjekte – mal von „Mittelschichten“ (im Plural), mal von „unteren und oberen Fraktionen der Mittelschicht“ (im Singular), dann von alten und neuen „Mittelklassen“, dann wiederum von „Klassenfraktionen“, so als wäre das alles einerlei. Diese Unklarheit ist freilich nicht alleine Lessenichs Problem, sondern durchaus symptomatisch für den geringen Stellenwert, den die Klassentheorie gegenwärtig in Teilen der Linken hat. Sie hat auch damit zu tun, dass die klassentheoretische Diskussion der 1970er Jahre nicht zu allgemein geteilten Begriffsbestimmungen und Analysen geführt hat. So war es in der damaligen Diskussion zwar mehr oder weniger Konsens, dass z.B. der Begriff der „Lohnabhängigen“ umfassender ist als der Begriff der „ArbeiterInnenklasse“, aber wie die ArbeiterInnenklasse genau abgegrenzt werden kann, darüber gab und gibt es durchaus unterschiedliche Ansichten. Ebenso gab und gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob man eher von „Mittelschichten“, „Mittelklassen“ oder einem „neuen Kleinbürgertum“ sprechen sollte, um diejenigen Lohnabhängigen zu bezeichnen, die nicht Teil der ArbeiterInnenklasse im engeren Sinne sind

(vgl. Projekt Klassenanalyse 1973, IMSF 1973, Poulantzas 1975, die Beiträge in PROKLA 175, Milios/Ekonomakis 2014, Kadritzke 2016a, 2016b).

Hinzu kommt als zusätzliche Komplikation, dass die heutige empirische Sozialstrukturanalyse und Wahlforschung sich in der Regel nicht an der marxistischen Klassentheorie orientiert, sondern ganz andere Kategorien verwendet. Deren Befunde können aus einer marxistischen Perspektive nur mit Vorsicht interpretiert werden. Dass etwa bei den Nachwahlbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen und von Infratest dimap zwischen „Arbeitern“ und „Angestellten“ unterschieden wird, dürfte eher der überkommenen sozialversicherungsrechtlichen Unterscheidung geschuldet sein als einer marxistischen Orientierung dieser Meinungsforschungsinstitute. Bei den Befragungen identifizieren sich die Befragten selbst mit einer der Kategorien, die ihnen vorgelegt werden. Was die Gründe für die jeweilige Selbstidentifikation sind, ob sie den sozialversicherungsrechtlichen Einteilungen entspricht oder ob es andere Gründe gibt, warum sich Befragte z.B. als „Arbeiter“ identifizieren, bleibt unklar. Außerdem unterscheiden sich die kategorialen Systematiken, die etwa die Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap verwenden, was auch Abweichungen bei ihren Umfrageergebnissen erklärt. Die Forschungsgruppe Wahlen verwendet eine zweistufige Einteilung bei ihren Nachwahlbefragungen: Die Befragten müssen sich zunächst zwischen den Kategorien „berufstätig, Rentner, arbeitslos, in Ausbildung“ entscheiden und dann zwischen den Kategorien „Arbeiter, Angestellter, Beamter, Selbstständiger, Landwirte“. „Arbeiter“ können hier also auch Erwerbslose oder Rentner sein. Bei Infratest dimap wird dagegen zwischen „Arbeitern, Angestellten, Beamten, Selbstständigen, Rentnern, Arbeitslosen“ unterschieden. Befragte, die sich hier als „Arbeiter“ identifizieren, dürften also erwerbstätige ArbeiterInnen sein (vgl. Kahrs 2017a: 10). Trotz der gebotenen Vorsicht bei der Interpretation der vorliegenden Daten sind diese aus unserer Sicht interessant, weil sie es erlauben, zumindest ansatzweise sozialstrukturelle Differenzen bei den AnhängerInnen bzw. WählerInnen der verschiedenen Parteien aufzuzeigen.

Wie verhält es sich nun empirisch? Stimmt die These, dass die Lohnabhängigen die AfD aus Gründen des Wohlstandschauvinismus wählen, weil sie von der „Überentwicklung“ hierzulande so „unermesslich profitieren“? Oder die These, dass sich hinter der AfD die „Aufsteiger der vergangenen Jahrzehnte“ verbergen, eine „alte Mitte“, die an dem „reaktionären Modell eines ‘sozialen Kapitalismus‘“ (Lessenich 2018) hängt? Karl Brenke und Alexander S. Kritikos legten im vergangenen Jahr eine Analyse der WählerInnenstruktur der verschiedenen Parteien vor, die auf Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) und der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaft (ALLBUS) beruht, die bis 2016 reichen. Dabei zeigen sich erhebliche soziale Unterschiede bei den WählerInnen bzw. AnhängerInnen der Parteien. Während der Anteil der

ArbeiterInnen an den Befragten bei der ALLBUS-Umfrage nur bei 19 Prozent lag, lag der Anteil der ArbeiterInnen unter denen, die angaben, die AfD wählen zu wollen, bei 34 Prozent. Nur bei denen, die gar nicht wählen wollten, war der Anteil der ArbeiterInnen mit 39 Prozent noch höher (vgl. Tabelle 1). Der Anteil der Beschäftigten mit einfachen Tätigkeiten an allen abhängig Beschäftigten lag bei den Befragten der gleichen Umfrage insgesamt bei 22 Prozent, bei den AfD-WählerInnen aber bei 36 Prozent. Übertroffen wurde dieser Wert wiederum nur bei den NichtwählerInnen (43%).

Tabelle 1: Sozialstrukturelle Merkmale der Wahlberechtigten nach Parteipräferenz 2016

	AfD	FDP	CDU/ CSU	Grüne	SPD	Linke	Nicht- wähler	Insgesamt
Arbeiter	34	11	16	9	17	22	39	19
Angestellte	46	70	63	72	68	66	47	64
Beamte	6	4	9	10	8	6	3	7
Selbständige	14	15	12	9	7	7	11	10

Quelle: Brenke/Kritikos 2017: 598.

Dass der Anteil der ArbeiterInnen an den WählerInnen der AfD – im Unterschied zu allen anderen Parteien, außer der „Partei“ der NichtwählerInnen – weit überproportional ist, wurde auch durch die Nachwahlbefragungen der Meinungsforschungsinstitute nach der Bundestagswahl bestätigt (Kahrs 2017b: 20). Dazu passt, dass unter den WählerInnen der AfD als einziger der kleineren Parteien die WählerInnen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (Hauptschule oder Mittlere Reife) überproportional vertreten sind (ebd.: 17).

Betrachtet man die Nettoeinkommen der Wahlberechtigten nach ihrer Parteipräferenz, dann zeigt sich, dass die NichtwählerInnen die niedrigsten Durchschnitts- und Medianeinkommen haben, gefolgt von der Linken und dann der AfD. Die höchsten Durchschnitts- und Medianeinkommen haben demgegenüber die WählerInnen der FDP, gefolgt von denen der CDU/CSU und der Grünen. Setzt man die Einkommen zu den Haushaltsgrößen in Beziehung, dann liegen die bedarfsgewichteten Nettoeinkommen der AfD-WählerInnen noch unter den Einkommen der WählerInnen der LINKEN und nur knapp über dem Einkommen der NichtwählerInnen (Brenke/Kritikos 2017: 600). Setzt man die Einkommen zur Arbeitszeit in Beziehung, so liegen die persönlichen Nettoeinkommen der AfD-Wähler pro Arbeitsstunde noch unter denen der WählerInnen der Linken und sogar unter denen der NichtwählerInnen, weil die Arbeitszeiten der AfD-WählerInnen im Durchschnitt etwas länger sind (ebd.: 602).

Es ist deshalb irreführend, zu behaupten, dass die AfD besonders von der „Mitte“ oder den „Aufsteigern der vergangenen Jahrzehnte“ (Lessenich 2018)

gewählt wurde. Richtig ist zwar, dass die AfD von überdurchschnittlich vielen Selbstständigen gewählt wurde, aber daneben wurde sie auch weit überproportional von ArbeiterInnen, von Beschäftigten mit einfachen Tätigkeiten und niedrigen Einkommen gewählt. Insofern muss auch die Aussage der PROKLA-Redaktion korrigiert werden, die AfD zeichne „sich bundesweit nicht durch eine besonders starke Verankerung in unteren Teilen der Gesellschaft aus“ (PROKLA-Redaktion 2016: 527). Diese Aussage stützte sich auf eine Aussage von Peter Matuschek vom Meinungsforschungsinstitut Forsa und eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft, die auf Zahlen von 2014 basierte. Martin Kroh und Karoline Fetz (2016: 715) haben allerdings darauf hingewiesen, dass der Anteil der zur AfD neigenden ArbeiterInnen und Arbeitslosen zwischen 2014 und 2016 stark angestiegen ist.

Dennis Eversberg (2017 und in diesem Heft) argumentiert in eine ähnliche Richtung wie Lessenich. Er konzediert zwar zunächst, dass der Anteil der ArbeiterInnen und Arbeitslosen an den AfD-WählerInnen überdurchschnittlich hoch ist: „So haben 21% der zur Wahl gegangenen Arbeiter:innen und Arbeitslosen AfD gewählt – ein etwa doppelt so hoher Anteil wie bei Rentner:innen (11%) oder Beamten (10%), und auch weit mehr als unter Angestellten und Selbständigen (je 12%)“ (Eversberg 2017: 3). Eversberg stützt sich hier auf die Daten der Nachwahlbefragung von Infratest dimap. Anstatt die naheliegende Frage zu diskutieren, warum so viele ArbeiterInnen und Arbeitslose die AfD gewählt haben, wischt Eversberg diesen Befund allerdings sogleich beiseite und erklärt ihn für irrelevant: „Bei allzu oberflächlicher Betrachtung“, wenn man den Blick „einseitig auf die sozialen wie geografischen Hochburgen der AfD“ richte, könne man „auf die Idee kommen, die Wahl der AfD sei Ausdruck des Protests ökonomisch Benachteiligter, ‘Abgehängter’ und von sozialem Abstieg bedrohter Menschen“ (ebd.: 2f.).

Eversberg argumentiert, die AfD sei „eine Partei, die in der ganzen Breite der wahlberechtigten Bevölkerung Zuspruch findet und ihre wichtigsten Wähler:innenreservoirs bei Angestellten und Rentner:innen mobilisieren konnte“ (ebd.: 4). Nach seinen Schätzungen kamen von den 5,88 Millionen Zweitstimmen der AfD nur etwa 14 Prozent von „Arbeiter:innen“ und 3 Prozent von Arbeitslosen, aber 36 Prozent von Angestellten und 30 Prozent von „Rentner:innen“ (ebd.). Durch eine solche Argumentation kann man freilich die Besonderheiten aller Parteien zum Verschwinden bringen. Denn bei allen Parteien dürfte der Anteil der Stimmen von Angestellten oder RentnerInnen höher sein als der Anteil der Stimmen von erwerbstätigen ArbeiterInnen, weil der Anteil der Angestellten und RentnerInnen an der deutschen Gesellschaft inzwischen höher ist als der Anteil der ArbeiterInnen und weil bei letzteren von einer geringeren Wahlbeteiligung auszugehen ist, wie Eversberg richtig feststellt.

Für alle im Bundestag vertretenen Parteien gilt, dass sie unter Angestellten oder RentnerInnen ebenso Zuspruch finden wie unter ArbeiterInnen oder Arbeitslosen. Will man die spezifische soziale Basis einer Partei näher beleuchten, so ist es notwendig, sie mit den anderen Parteien des Parteiensystems zu vergleichen und die Stimmanteile einzelner sozialer Gruppen an den WählerInnen dieser Partei in Relation zu ihrem durchschnittlichen Stimmenanteil zu betrachten. Wenn man dies tut, stellt man fest, dass bei keiner anderen Partei die relativen Stimmenanteile von ArbeiterInnen und Arbeitslosen im Vergleich zur durchschnittlichen Stimmenzahl der Partei so hoch sind wie bei der AfD. Die SPD und DIE LINKE wurden noch leicht überdurchschnittlich von ArbeiterInnen und Arbeitslosen gewählt, aber die Abweichungen vom Durchschnitt sind weitaus geringer als bei der AfD. Bei CDU/CSU, FDP und Grünen liegen die Stimmenanteile von ArbeiterInnen und Arbeitslosen dagegen unter dem Durchschnitt des Stimmenanteils der jeweiligen Partei.

Für solche Besonderheiten und die Fragen, die sie aufwerfen, interessiert sich Eversberg allerdings nicht, da sie seiner Interpretation des Wahlergebnisses der AfD zuwiderlaufen. „Es geht hier nicht einfach um Spaltungslinien wie arm-reich, Ost-West oder Stadt-Land und auch nicht um eine Spaltung zwischen ‘Zufriedenen’ und ‘Verunsicherten’, sondern darum, dass die AfD-Wähler:innen selbst Fragen von ethnischer Homogenität und der Aufrechterhaltung klarer Innen-Außen-Trennungen zum Zentrum ihrer Vorstellungen von einer möglichen Überwindung ihrer ‘Sorgen’ machen“ (Eversberg 2017: 7). Was die WählerInnen der AfD vereine, sei ihr eigener Rassismus, „die ethnozentrische und rabiat ausgrenzende Art und Weise“, in der sie die gesellschaftlichen Probleme verarbeiten (ebd.). Eversberg erklärt also die Entscheidung für die Wahl der AfD mit dem Rassismus ihrer WählerInnen. Und dieser Rassismus wird von ihm gleichsam naturalisiert: „Und diese Leute sind mit ihren Einstellungen nicht vom Himmel gefallen, sondern sie waren schon immer da, und sie haben schon immer so gedacht und empfunden“ (ebd.). Indem Eversberg auf den Rassismus der AfD-WählerInnen als Klassen übergreifendes und historisch konstantes Phänomen rekurriert, lehnt er es zugleich ab, diesen zu den Klassenverhältnissen und historischen Prozessen in Deutschland in Beziehung zu setzen. Sicherlich wurde in verschiedenen Untersuchungen immer wieder die Persistenz rassistischer Einstellungen nachgewiesen, diese sind also ein dauerhaftes Phänomen; aber im vorherigen historischen Prozess haben sie sich anders niedergeschlagen, was durch eine weitergehende Einbeziehung der historischen Verschiebungen im Parteiensystem genauer zu analysieren wäre. Aus ihrem durchgehenden Vorhandensein kann deshalb gerade nicht die Entstehung und der Wahlerfolg der AfD erklärt werden, denn hier handelt es sich um neue historische Phänomene. Und wenn die AfD-WählerInnen sich rassistisch äußern und der Rassismus tatsächlich

ausschlaggebend für ihre Wahlentscheidung sein sollte, so bleibt trotzdem erklärungsbedürftig, warum dieser Rassismus nun in der Organisiertheit der AfD in den Vordergrund rückt und für diesen Teil der WählerInnen in dieser besonderen historischen Situation tatsächlich wahlentscheidend wird.

Wohlgermerkt, es geht hier nicht darum, den Rassismus oder die Entscheidung für die Wahl der AfD unmittelbar aus einer Klassenlage abzuleiten. Solche ökonomistischen Analysen, die Rassismus fälschlicherweise nur denen zuschreiben, die Abstiegs- oder Benachteiligungserfahrungen haben, halten wir für verkürzt. Wenn aber der Rassismus ein klassenübergreifendes Phänomen ist, so muss er nichtsdestotrotz in Verbindung mit den Klassenverhältnissen in ihrer historischen Veränderung erklärt werden. Das gleiche gilt für die Erklärung des Aufstiegs der AfD. Anstatt den Rassismus, den es bekanntlich in unterschiedlichen Varianten gibt, einfach als historische Konstante zu betrachten, wären die Diskurse zu analysieren, durch die er in den letzten Jahren erweitert reproduziert wurde. Das kann hier jedoch nicht geleistet werden; wir können lediglich einige Thesen formulieren. Uns scheint offenkundig, dass seit dem Ende des „Kalten Kriegs“, vor allem aber seit dem 11. September 2001 im Zuge des „Kriegs gegen den Terror“ in den Massenmedien ein islamfeindlicher Sicherheitsdiskurs stark an Bedeutung gewonnen hat. Samuel Huntingtons Konzept eines „Kampfs der Kulturen“ wurde popularisiert und zu einer wichtigen ideologischen Grundlage der herrschenden Politik. Hieran konnte dann während der sogenannten Flüchtlingskrise angeknüpft werden, die für den Aufstieg der AfD sicherlich eine wichtige, allerdings noch genauer zu untersuchende Rolle gespielt hat. Während bis Anfang September 2015 in den Massenmedien noch die spontane Hilfsbereitschaft von Teilen der deutschen Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen, die „Willkommenskultur“ und Angela Merkels „Wir schaffen das“ die Berichterstattung und die Kommentare dominierten, wurden danach der Zuzug von Flüchtlingen immer mehr als Problem gesehen und der Forderung, diesen zu begrenzen, immer mehr Raum gegeben.

Um zu begreifen, wie der Diskurs über die Flüchtlinge sich gleichsam von einem Tag auf den anderen ändern konnte, muss man sich zunächst die widersprüchlichen Interessen der herrschenden Klassen in Bezug auf die Migrationspolitik klar machen. Einerseits haben die KapitalistInnen in Deutschland durchaus ein Interesse an verstärkter Einwanderung, da verstärkte Konkurrenz unter den Lohnabhängigen Druck auf die Löhne ausübt und eine höhere Ausbeutungsrate begünstigt. Andererseits wird die Migration dann zum Problem, wenn sie selbst Kosten verursacht oder die politische Stabilität unterminiert. Es ist keineswegs so, wie Eversberg (2017: 17 und in diesem Heft) nahelegt, dass die maßgeblichen deutschen Wirtschaftsverbände durchgängig für offene Grenzen gewesen wären. Richtig ist, dass der BDA, der BDI und andere Wirtschaftsverbände ihr Interesse

an einer stärkeren Einwanderung bis zum Sommer 2015 immer wieder deutlich gemacht haben, um einer befürchteten „Arbeitskräftelücke“ entgegenzuwirken (z.B. BDA 2015), und sich auch später für eine beschleunigte Integration der anerkannten Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt eingesetzt haben. Am 14. September 2015 warnten BDA, BDI, DIHK und ZDH in einer gemeinsamen Stellungnahme allerdings: „Das Asylsystem in Deutschland darf jedoch nicht überfordert werden.“ Sie unterstützten, dass die Bundesregierung Albanien, Kosovo und Montenegro kurz zuvor zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt hatte, und befürworteten eine Fokussierung auf „tatsächlich schutzbedürftige Asylbewerber“ und die rasche Abschiebung abgelehnter AsylbewerberInnen. Am 23. Oktober 2015, als gerade das „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ („Asylpaket I“) in Kraft trat, teilte der Bundesverband Mittelständische Wirtschaft mit, eine repräsentative Befragung bei mehr als 3.000 Unternehmen habe ergeben, dass diese nur gedämpfte Erwartungen in Bezug auf Flüchtlinge hätten; nur wenige Flüchtlinge seien auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar (BVMW 2015). Die Wirtschaftsverbände waren nicht nur eine treibende Kraft für eine liberalere Einwanderungspolitik, sie unterstützten auch die erneute Wendung der Bundesregierung zu einer restriktiveren Flüchtlingspolitik im September 2015.

Die Stimmung in der Bevölkerung folgte, soweit sich dies an den Meinungsumfragen nachvollziehen lässt, der von den Wirtschaftsverbänden unterstützten Politik der Bundesregierung und dem Umschwung im öffentlichen Diskurs. Am 3. Juli 2015 war die Flüchtlingspolitik beim Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen noch gar kein Thema, im Vordergrund stand damals die „Griechenlandkrise“. 63 Prozent der Befragten stimmten anlässlich des damals gerade stattfindenden AfD-Parteitags der Aussage zu, dass sich die AfD nicht genügend von rechtsextremen Inhalten und Mitgliedern abgrenze, während nur 12 Prozent die Distanzierung für ausreichend hielten (vgl. für diese und die folgenden Angaben: Forschungsgruppe Wahlen 2015). Im Laufe des Juli rückten dann die Flüchtlinge in die öffentliche Aufmerksamkeit; bei dem Politbarometer (24.7.2015) war plötzlich für 62 Prozent der Befragten das Thema Flüchtlinge und Asyl mit weitem Abstand das wichtigste Problem. Im August machte sich der Einfluss der „Willkommensbewegung“ positiv bemerkbar; am 21. August 2015 teilte die Forschungsgruppe Wahlen mit: „Mit 60 Prozent sind etwas mehr Befragte als im Juli (Juli II: 54 Prozent) der Meinung, Deutschland könne die große Zahl an Flüchtlingen, die zu uns kommen, verkraften. 37 Prozent sehen dies nicht so (Juli II: 41 Prozent – Rest zu 100 Prozent hier und im Folgenden jeweils ‘weiß nicht’)“. Am 31. August 2015 verkündete Bundeskanzlerin Merkel bei der Bundespressekonferenz: „Wir schaffen das!“, am 4. September desselben Jahres vereinbarten sie und der damalige österreichische Bundeskanzler Faymann mit der ungarischen Regierung die Aussetzung des Dublin-Abkommens, um Ungarn

zu entlasten. Daraufhin hielten beim Politbarometer (11.9.2015) 66 Prozent der Befragten diese Entscheidung für richtig; 29 Prozent hielten sie für falsch. Gegenüber der Befragung im August hatte sich die Zahl derer, die meinten, dass Deutschland die vielen Flüchtlinge aus Krisengebieten verkraften könne, noch einmal von 60 auf 62 Prozent erhöht. Doch am 12. September 2015 verkündeten die Innenminister der Länder, dass die Aufnahmekapazitäten weitgehend erschöpft seien; einen Tag später führte die Bundesregierung „vorübergehend“ Grenzkontrollen wieder ein.

Am 25. September 2015 schlug sich die veränderte Politik in den Umfrageergebnissen der Forschungsgruppe Wahlen nieder. 63 Prozent waren nun der Meinung, die Flüchtlingskrise gefährde den Zusammenhalt in der EU sehr stark oder stark (zwei Wochen vorher: 55%). 78 Prozent begrüßten die Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Eine Mehrheit glaubte weiterhin, Deutschland könne die große Zahl an Flüchtlingen verkraften, allerdings war diese Mehrheit von 62 Prozent nun auf 57 Prozent geschrumpft. Am 29. September 2015 beschloss die Bundesregierung im Rahmen des „Asylpakets I“ eine Reihe restriktiver Maßnahmen zur Asylpolitik. Am 9. Oktober 2015 war die Zahl derer, die meinten, Deutschland könne die vielen Flüchtlinge verkraften, auf 45 Prozent gesunken, während die Skeptiker mit 51 Prozent erstmals in der Mehrheit waren.

Die Umfragewerte für die AfD lagen im August 2015 mit 3-4 Prozent auf einem Tiefpunkt. Doch Horst Seehofer präsentierte sich bereits am 2. August desselben Jahres beim ARD-Sommerinterview als Befürworter beschleunigter Asylverfahren, beschleunigter Abschiebungen und einer gesonderten Unterbringung von AsylbewerberInnen aus „sicheren Herkunftsländern“. Überhaupt wurde die öffentliche Auseinandersetzung in diesen Wochen und Monaten weniger von einem Streit zwischen der AfD und anderen Parteien, als vielmehr von dem Streit über die richtige Flüchtlingspolitik *innerhalb* der Bundesregierung bestimmt. Allerdings erwies sich die AfD als Nutznießer dieser Auseinandersetzung: Ihre Umfragewerte stiegen im Laufe des September wieder auf 5 Prozent, bis Ende 2015 auf 8-10 Prozent und im Laufe des Jahres 2016 auf 12-14 Prozent. Dass die AfD von dieser Auseinandersetzung profitieren konnte, wurde freilich dadurch begünstigt, dass in den vorangegangenen innerparteilichen Flügelkämpfen der rechte Flügel der AfD gesiegt hatte und der wirtschaftsliberale Flügel um Bernd Lucke sich bereits im Juli 2015 abgespalten hatte. Die mangelnde Abgrenzung gegenüber völkisch-nationalistischen, rassistischen und neofaschistischen Tendenzen, die die AfD bis zum August 2015 eher geschwächt hatte, erleichterte es ihr nun, sich als Partei mit einer noch restriktiveren Flüchtlings- und Migrationspolitik zu profilieren.

Fakt ist, dass die Bundesregierung im Sommer 2015 ihre Asyl- und Flüchtlingspolitik innerhalb von wenigen Wochen zweimal geändert hat: Erst öffnete

sie die Grenzen und erleichterte die Integration der Flüchtlinge, dann ging sie wieder zu einer restriktiven Flüchtlingspolitik über. Dabei folgte sie nicht unbedingt der Stimmung in der Bevölkerung, sondern es erscheint eher so, dass der Stimmungsumschwung in der Bevölkerung der Regierungspolitik und der Verschiebung des öffentlichen Diskurses folgte. Auch der Aufstieg der AfD war keine unmittelbare Folge der Grenzöffnung; er war eher eine Folge der inneren Widersprüche des Machtblocks und der Uneinigkeit in den Regierungsparteien in Bezug auf die Flüchtlings- und Migrationspolitik – so wie bereits die Gründung der AfD eine Folge der inneren Widersprüche des Machtblocks und der Regierung in Bezug die EU-Krisenpolitik war.

Damit soll nicht gesagt sein, dass alles Schlechte nur „von oben“ kommt und die Orientierungen und Handlungen der Lohnabhängigen keinen Einfluss haben. Aber wenn über Rassismus gesprochen wird, dann müssen auch die unterschiedlichen Wirkungen der Einwanderung auf die verschiedenen sozialen Klassen bedacht werden. Gerade die unteren Schichten der Lohnabhängigen müssen sich bei einer massiven Einwanderung auf eine verschärfte Konkurrenz um Arbeitsplätze und bezahlbaren Wohnraum einstellen. Die Mehrheit der Flüchtlinge und MigrantInnen dürfte, wenn überhaupt, in den unteren Segmenten des Arbeitsmarktes landen, wo sie mit den Alteingesessenen konkurrieren, die teilweise selbst einen „Migrationshintergrund“ aufweisen. Die oberen Schichten der Lohnabhängigen haben demgegenüber weniger zu befürchten, sie können sogar von der Einwanderung profitieren, wenn dadurch z.B. Restaurantbesuche und andere Dienstleistungen billiger werden. Die durch die neoliberale Politik herbeigeführte Wohnungsnot hat sich durch die Zuwanderung von Flüchtlingen dramatisch verschärft, wie die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe im Herbst letzten Jahres mitteilte: Die Zahl der wohnungslosen anerkannten Flüchtlinge lag 2016 bei 460.000, die Zahl der sonstigen Wohnungslosen bei 420.000.

Lohnabhängige stehen in Konkurrenz zueinander, und rassistische sowie sexistische Abgrenzungen haben historisch auch unter den Lohnabhängigen häufig eine Rolle bei der Regulierung der Konkurrenz gespielt. Lohnabhängige handeln nicht zwangsläufig solidarisch, um die Konkurrenz einzudämmen. Andererseits sollte die Bedeutung der Persistenz rassistischer Einstellungen nicht überstrapaziert werden. Die oben angeführten Umfrageergebnisse zeigen, wie schnell sich die Haltungen großer Teile der Lohnabhängigen ändern können.

Konkurrenz kann durch solidarisches Handeln aufgehoben werden, das sich dann gegen die herrschenden Klassen richten müsste. Aber historisch war es immer umkämpft und nie selbstverständlich, auf welcher Maßstabsebene Solidarität zwischen Lohnabhängigen hergestellt werden kann. Oft ist es nur gelungen, Solidarität innerhalb einer bestimmten Berufsgruppe, innerhalb eines Betriebes

oder innerhalb eines Unternehmens herzustellen, teilweise auch innerhalb einer Branche oder innerhalb eines Landes. Aber die Organisationsformen der Lohnabhängigen, die sich historisch durchgesetzt haben, waren und sind primär an den Nationalstaat gebunden; viel zu selten gelingt es, internationale Solidarität wirksam durchzusetzen. Natürlich ist gerade dies die Aufgabe der Linken: für internationale Solidarität zu kämpfen. Aber dies geht nur, wenn man nicht die Augen vor den realen Widersprüchen und Herausforderungen verschließt. Die Wendung von Teilen der Lohnabhängigen zur AfD ist jedenfalls Ausdruck des Scheiterns der Linken, der es bisher nicht gelungen ist, die realistische Möglichkeit einer anderen, sozialistischen Lösung der Widersprüche, die mit der kapitalistischen Globalisierung verbunden sind, glaubhaft zu machen.

Eversberg weist zu Recht darauf hin, dass sich die Klassenzusammensetzung des parlamentarischen Personals und der AfD-WählerInnen deutlich voneinander unterscheiden. Gerade deshalb aber wäre eine genauere Untersuchung notwendig, wie es kommt, dass eine Partei, deren RepräsentantInnen in hohem Maße aus der KapitalistInnenklasse und dem traditionellen Kleinbürgertum stammen, und die harte neoliberale Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vertritt, von so vielen ArbeiterInnen gewählt wird. Wenn Eversberg hier zur Erklärung auf das gemeinsame, Klassen übergreifende Interesse an der Sicherung einer „imperialen Lebensweise“ verweist, so ist dies mindestens kurzschlüssig.

Betrachten wir noch einmal die jüngsten ALLBUS-Daten, um wie von Lesnich gefordert, die „Motivstrukturen“ der WählerInnen in den Blick zu nehmen. Bei der Befragung schätzte zwar eine Mehrheit der WählerInnen aller Parteien die persönliche wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut ein. Dennoch gibt es zwischen den WählerInnen der verschiedenen Parteien deutliche Unterschiede in Bezug auf die Zufriedenheit. Bei den WählerInnen der AfD und bei den NichtwählerInnen war die Unzufriedenheit am stärksten. Fast die Hälfte der AfD-WählerInnen schätzte ihre persönliche Lage als schlecht oder sehr schlecht ein. Über die Hälfte der AfD-WählerInnen war der Ansicht, dass sie keinen gerechten Anteil am Lebensstandard erhalten (Brenke/Kritikos 2017: 603). Interessant ist ferner, dass bei den WählerInnen aller Parteien die Einschätzung, die Gesellschaft sei ungerecht, stärker ausgeprägt ist, als die Einschätzung, das eigene Einkommen sei ungerecht. Hier sind es wiederum die WählerInnen der AfD, noch vor denen der LINKEN, die von der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit in Deutschland am wenigsten überzeugt sind. All dies legt zumindest nahe, um es vorsichtig zu sagen, dass es für die eigene Wahlentscheidung andere Gründe geben könnte, als den vermeintlichen Klassen übergreifenden „Wohlstandschauvinismus“ bzw. die Sicherung einer „imperialen Lebensweise“.

Anstatt den Lohnabhängigen pauschal Wohlstandschauvinismus zu unterstellen, sollte man sich näher mit deren Situation und den teils dramatischen Umbrü-

chen in Produktion und Reproduktion beschäftigen, die zu einer gravierenden Veränderung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiterkörpers führten, die genauer entschlüsselt werden müsste. Nach den ALLBUS-Daten waren im Jahr 2000 noch 37 Prozent der Wahlberechtigten ArbeiterInnen, im Jahr 2016 waren es nur noch 19 Prozent (Brenke/Kritikos 2017: 599). Neben der weitgehenden Deindustrialisierung Ostdeutschlands sind die Fragmentierung der Produktionsketten durch Outsourcing und die beschleunigte Internationalisierung des Kapitals wesentliche Aspekte des Strukturwandels. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und im Zuge der Transformation Chinas wurde industrielle Lohnarbeit in gewaltigem Ausmaß verlagert. Tochtergesellschaften deutscher Konzerne beschäftigen heute mehr als eine Million Menschen alleine in Osteuropa, von den dortigen Zulieferern deutscher Konzerne ganz zu schweigen. Die Drohung mit Produktionsverlagerungen ist allgegenwärtig; gleichzeitig kaufen sich ausländische Investoren in deutsche Firmen ein. In Deutschland wurde trotzdem eine relativ hohe Quote industrieller Beschäftigung erhalten, aber nur um den Preis permanenter Zugeständnisse bei Löhnen, Arbeitszeiten und sonstigen Arbeitsbedingungen; wichtig sind hier allerdings interne Differenzierungsprozesse, insbesondere in multinationalen Konzernen (Stammebelegschaft vs. Leiharbeit etc.). Die Löhne wurden nicht nur von der Produktivitätsentwicklung abgekoppelt, Teile der Lohnabhängigen mussten auch Reallohnverluste hinnehmen, etc. (vgl. Dörre 2017).

Man könnte über die Texte von Lessenich und Eversberg vielleicht hinwegsehen, wenn sie nicht repräsentativ für eine breitere Tendenz in der Linken wären und dazu beitragen würden, den Bruch zwischen Teilen der Lohnabhängigen und der Linken zu reproduzieren. Lessenich und Eversberg legen nahe, dass es gar keinen Sinn macht, zu versuchen, WählerInnen der AfD für die Linke zurückzugewinnen. Indem sie der deutschen Bevölkerung pauschal das Interesse an der Sicherung einer „imperialen Lebensweise“ bzw. Wohlstandschauvinismus als gemeinsamen Nenner unterstellen, versperren sie den Weg für eine sozialistische Klassenpolitik. Die deutsche Bevölkerung erscheint bei ihnen als mehr oder minder homogenes Subjekt; einen Ansatzpunkt für linke Politik in den Interessen der beherrschten Klassen hierzulande gibt es dann nicht mehr. Man könnte sagen, sie radikalisieren die bekannte These Lenins über die „Arbeiteraristokratie“. Während bei Lenin nur ein Teil der ArbeiterInnen zur „Arbeiteraristokratie“ zählte, sind bei Lessenich oder Eversberg tendenziell alle Lohnabhängigen von den imperialistischen Verhältnissen korrumpiert. Es ist im Grunde die alte These von der Verbürgerlichung des Proletariats, die hier wieder aufgewärmt wird.

Klarer und konsequenter als Lessenich und Eversberg hat diese Verabschiedung von einer Klassenpolitik Thomas Seibert, Kollege von Lessenich im Kuratorium des Instituts Solidarische Moderne (ISM), formuliert. Unter dem Titel „Rot-Rot-Grün: Die Arbeiterklasse wird's nicht tun“ wendete er sich in der Zeitung

neues deutschland (7.12.2016) dagegen, „dass jetzt wieder Politik mit der Arbeiterklasse gemacht werden müsse“. Die Linke solle sich vielmehr „stärker auf jene orientieren, die bereits feministische, antirassistische, ökologische Werte vertreten: Das dissidente Drittel der Gesellschaft“ (Seibert 2016). Dass in der ArbeiterInnenklasse auch feministische, antirassistische und ökologische Werte vertreten sein könnten, kommt Seibert nicht in den Sinn. ArbeiterInnenklasse und ArbeiterInnenbewegung gelten ihm nicht mehr als mögliches Subjekt gesellschaftlicher Veränderung, sondern bestenfalls als Objekt: „Dass die Linke Politik für die ausgebeuteten Klassen machen muss: Unwidersprochen“ (ebd.). „Wer jetzt auf eine linke Wende zur ‘Arbeiterklasse’ setzt, verkennt, dass ‘Klasse’ zwar eine Kategorie ist, die Verhältnisse der Unterdrückung, Ausbeutung und Missachtung fasst, doch nur bedingt eine Kategorie ihrer Überwindung sein wird“ (ebd.). Indem Seibert „Arbeiterklasse“ in Anführungszeichen schreibt, distanziert er sich zusätzlich von diesem Begriff; gleichzeitig reduziert er den Klassenbegriff objektivistisch auf eine deskriptive Kategorie der Sozialstrukturanalyse. Die so verstandene Linke, was immer das sei, erscheint demgegenüber bei ihm als *deus ex machina*, der es schon richten wird. Eine frei schwebende Avantgarde sozusagen, die sich vielleicht noch aus den sogenannten Neuen sozialen Bewegungen speist. Man mag sich an die ursprüngliche Zielsetzung und die seitherige politische Entwicklung der Grünen erinnern.

Uns scheint, dass tatsächlich viele Linke in Deutschland mit Seibert über den Klassen zu schweben meinen und sich ausschließlich auf die sogenannten neuen sozialen Fragen kaprizieren, während die alte soziale Frage abgeschrieben wird. Unseres Erachtens wird das Verhältnis zwischen der Linken und der ArbeiterInnenklasse von Seibert praktisch auf den Kopf gestellt. Wie denn sollte eine Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft möglich und angesichts der historischen Erfahrungen überhaupt denkbar sein ohne die Einbeziehung der Mehrheit der Gesellschaft, der Lohnabhängigen, und insbesondere ohne die unteren Schichten der Lohnabhängigen, die unter den Verhältnissen hierzulande wohl am stärksten zu leiden haben? Zugegeben, das ist noch sehr allgemein, und Fragen über Fragen stellen sich: nach der inneren Differenzierung der Lohnabhängigen, nach der Bedeutung des Geschlechterverhältnisses, der Konkurrenz zwischen den Beteiligten, die nicht zuletzt gegenüber MigrantInnen ausgenutzt wird etc. pp. Zusammengehalten durch den Produktions- und Reproduktionsprozess des Kapitals ergibt sich kein simples statistisches Abbild der Bevölkerung, sondern eine in sich differenzierte Klassenstrukturierung, die in Veränderung begriffen ist; die bisherigen Versuche zu einer Klassenanalyse belegen dies und sind fortzuführen (vgl. Thien 2014; Aulenbacher/Riegraf/Völker 2015). Antonio Gramsci hat, wie kein anderer, mit dem Begriff der Hegemonie auf diese Problematik verwiesen, nämlich darauf, wie die Unterdrückten in die Lage versetzt werden

können, ihre Unterdrückung zu beenden; eine Konstellation, die je aufzuweisen ist. Tatsächlich hängt der Spielraum, den „die Linke“ hat, wenn sie denn einen hat, im Guten wie im Schlechten letztlich vom Verhalten der Lohnabhängigen ab. Dies zeigt sich gegenwärtig daran, wie der Schwenk von nicht wenigen dieser Lohnabhängigen zur AfD die Widersprüche und Spaltungstendenzen innerhalb der Linken verschärft hat.

Wenn wir es für die Bekämpfung von Rechtsentwicklung und Rassismus in der Bevölkerung für unabdingbar halten, die kulturelle und politische Marginalisierung der ArbeiterInnenklasse endlich zu beenden, so wäre das nur ein Anfang eines längeren Weges, der noch genauer zu bestimmen sein wird. Gewissermaßen nur nebenbei: Bei einer Hinwendung der Linken zur ArbeiterInnenklasse besteht natürlich kein Anlass, einen Gegensatz zwischen Klassenkampf und „Identitätspolitik“ zu konstruieren, d.h. den Klassenkampf gegen die Kämpfe gegen andere Unterdrückungsverhältnisse auszuspielen, darauf haben Emma Dowling, Silke van Dyk und Stefanie Graefe (2017) zu Recht hingewiesen.

Wohlgemerkt: Wir teilen die Kritik an der Geschichtsphilosophie und unterstellen bei unseren Überlegungen nicht, die ArbeiterInnenklasse sei eine „universelle Klasse“, in deren Kampf alle anderen Emanzipationskämpfe aufgehoben seien. Aber: „Widerstandskräfte werden in der Arbeiterschaft nur durch die Konstituierung eines eigenständigen Bewusstseins als Arbeiterklasse entstehen können – d.h. eines Bewusstseins davon, dass die Quelle der Ungleichheit, Ausbeutung und Ausgrenzung in den kapitalistischen Verhältnissen selbst liegt, nicht in der Gestalt des Fremden, nicht in Gestalt fremder Kultur, und nicht von ‘außen’ kommt“ (Kronauer 2017: 121).

Literatur

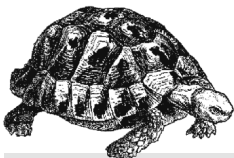
- Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Völker, Susanne (2015): *Feministische Kapitalismuskritik*. Münster 2015.
- BDA (2015): Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände: Arbeitsmarktpotentiale von Asylsuchenden und Geduldeten zukunftsorientiert nutzen. Aktualisiertes Positionspapier zum Arbeitsmarktzugang von Asylsuchenden und Geduldeten. URL: [www.arbeitgeber.de/www%5Carbeitgeber.nsf/res/Popa-zum-Arbeitsmarktzugang-von-Asylbewerbern.pdf/\\$file/Popa-zum-Arbeitsmarktzugang-von-Asylbewerbern.pdf](http://www.arbeitgeber.de/www%5Carbeitgeber.nsf/res/Popa-zum-Arbeitsmarktzugang-von-Asylbewerbern.pdf/$file/Popa-zum-Arbeitsmarktzugang-von-Asylbewerbern.pdf), Zugriff: 12.6.2015.
- BDA, BDI, DIHK, ZDH (2015): Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Bundesverband der deutschen Industrie, Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Zentralverband des deutschen Handwerks: Die Präsidenten der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft zur gemeinsamen Verantwortung angesichts der hohen Flüchtlingszahlen. Berlin. URL: www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/id/de_pi04215, Zugriff: 14.9.2015.
- Brenke, Karl/Kritikos, Alexander S. (2017): Wählerstruktur im Wandel. In: *DIW-Wochenbericht*, Nr. 29: 595-606.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (2017): Zahl der Wohnungslosen. URL: www.bagw.de/de/themen/zahl_der_wohnungslosen/index.html, Zugriff: 4.2.2018.

- BVMW (2015): Bundesverband Mittelständische Wirtschaft: Mittelstand: Nur wenige Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar. Presseerklärung vom 23.10.2015.
- Candeias, Mario (2016): Den „dritten Pol“ wieder sichtbar machen. In: *neues deutschland*, 22.4.2016. URL: www.neues-deutschland.de/artikel/1009532.den-dritten-pol-wieder-sichtbar-machen.html, Zugriff: 4.2.2018.
- Dörre, Klaus (2016): Die neue Konfliktformation. Klassen-Kämpfe in fragmentierten Arbeitsbeziehungen. In: *Industrielle Beziehungen* 23(3): 348-365.
- Dowling, Emma/van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“. In: *PROKLA* 47(3): 411-420.
- Eversberg, Dennis (2017): Innerimperiale Kämpfe: Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise. Working Paper 7/2017 der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften, Jena. URL: www.kolleg-postwachstum.de/sozwgmedia/dokumente/WorkingPaper/WP+7_17+Eversberg_end.pdf, Zugriff: 4.2.2018.
- Forschungsgruppe Wahlen (2015): Politbarometer 2015. URL: www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2015/, Zugriff: 4.2.2018.
- Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2013): Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche. Eine Untersuchung der Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zur Eurokrise, Studien der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin. URL: www.rosalux.de/publikation/id/7138/die-europapolitik-des-deutschen-machtblocks-und-ihre-widersprueche/, Zugriff: 4.2.2018.
- IMSF (1973): Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hg.): *Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950-1970. Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie. Theoretische Grundlagen und Diskussion*. Frankfurt/M.
- Kadritzke, Ulf (2016a): Zur Mitte drängt sich alles (Teil I). Historische Klassenstudien im Lichte der Gegenwart. In: *PROKLA* 46(3): 477-496.
- (2016b): Zur Mitte drängt sich alles (Teil II). Die Gegenwart im Lichte historischer Klassenstudien. In: *PROKLA* 46(4): 639-659.
- Kahrs, Horst (2017a): Die Landtagswahlen 2014-2017: Bewegung und Stabilität in den regionalen Parteiensystemen und das Wahlverhalten von Arbeitern. Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Arbeitspapier 2/2017, Juli 2017. URL: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/2017-07-19_Ka_AP02_LTW-Zyklus_2014-2017.pdf, Zugriff: 4.2.2018.
- (2017b): Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Wahlbericht und erste Analyse. Rosa-Luxemburg-Stiftung. URL: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/wahlanalysen/WNB_BTW_2017.pdf, Zugriff: 4.2.2018.
- Kronauer, Martin (2017): Ausnahmezustand? Weitermachen, wie bisher, geht nicht mehr. Einspruch zum Beitrag der PROKLA-Redaktion „Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand“. In: *PROKLA* 47(1): 117-122.
- Kroh, Martin/Fetz, Karoline (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. In: *DIW-Wochenbericht*, Nr. 34. URL: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.541584.de/16-34-1.pdf, Zugriff: 4.2.2018.
- Lessenich, Stephan (2017): Probleme der Klassenanalyse. In: *PROKLA* 47(1): 111-115.
- (2018): Der Klassenkampf der Mitte. In: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 2, 3.1.2018: 9.
- Milios, Jannis/Ekonomakis, Georg (2014): Mittelklassen, Klassenstellung und politische Klassenpositionen. In: *PROKLA* 44(3): 403-423.
- Poulantzas, Nicos (1975): *Klassen im Kapitalismus heute*. Hamburg.
- Projekt Klassenanalyse (1973): *Materialien zur Klassenstruktur der BRD. Erster Teil: Theoretische Grundlagen und Kritiken*. Hamburg/Westberlin.

- PROKLA-Redaktion (2016): Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand. In: *PROKLA* 46(4): 507-542.
- Seibert, Thomas (2016): Rot-Rot-Grün: Die Arbeiterklasse wird's nicht tun. In: *neues deutschland*, 7.12.2016. URL: www.neues-deutschland.de/artikel/1034515.rot-rot-gruen-die-arbeiterklasse-wird-s-nicht-tun.html, Zugriff: 4.2.2018.
- Strohschneider, Tom (2016): Die Schwäche des dritten Pols. In: *neues deutschland*, 14.3.2016. URL: www.neues-deutschland.de/artikel/1005061.die-schwaechе-des-dritten-pols.html, Zugriff: 4.2.2018.
- Thien, Hans-Günter (2014): Klassentheorien – Die letzten 50 Jahre. In: *PROKLA* 44(2): 163-190.
- (2018): Nachwort: Notizen zur neueren Diskussion. In: Ders., *Die verlorene Klasse*, 2. durchgesehene und um ein Nachwort erweiterte Auflage. Münster: (i.E.).

express

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Ausgabe 1-2/18 u.a.:

- Kirsten Huckenbeck: »Blau als das neue Braun« – Rechte rufen zu Betriebsratswahlen auf
- Sara Katsani: »Geregeltes Nebeneinander« – Zur Schwundform der Bürgerversicherung bei SPD und ver.di
- »...wenn mein blauer Arm es will« – Gespräch mit André Kaufmann über »Zentrum Automobil« und rechte »Alternativen« in Betrieben
- Wilfried Leisch: »Kassensturz in Österreich« – Wie Schwarz-Blau das Gesundheitssystem den Konzernen ausliefern will
- Kim Moody: »Eine neue Front für Streiks: Logistik« – moderne Möglichkeiten gewerkschaftl. Organisierung
- Said Hosseini: »Pakt ein, Eure Zeit ist um!« – Interview zu den Protesten im Iran

Probieren? kostenfreies
Exemplar per mail oder web anfordern

Eine problemorientierte Einführung in die Historische Sicherheitsforschung



Eckart Conze

Geschichte der Sicherheit

Entwicklung – Themen –
Perspektiven

2018. 234 Seiten, Paperback

€ 25,- D

ISBN 978-3-525-30094-7

eBook: 19,99 D

Die Historische Sicherheitsforschung fragt nach den Gründen für die gestiegene Bedeutung von Sicherheit in modernen Gesellschaften und versucht, deren Dynamiken in historischen Kontexten zu analysieren. Der Autor untersucht das wachsende Interesse der Geschichtswissenschaft an der Sicherheitsthematik. Er verweist auf Traditionen des Forschungsfeldes, stellt aber vor allem neue Ansätze wie das Konzept der »Sicherheitskultur« oder der »Versicherheitlichung« vor, die er an Beispielen entfaltet und auf ihr analytisches Potential befragt. Dabei werden der Nutzen von Theorieangeboten erörtert sowie Brücken zu verwandten Gebieten geschlagen.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage



www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com